

SPD-Fraktionsvorsitzendenrunde
im Ruhrgebiet

An die Finanzminister
des Bundes und des Landes Nordrhein-Westfalen

Kai Gera
Sprecher Fraktionsvorsitzendenrunde RUHR

Herne, 22. Oktober 2026

Kommunale Handlungsfähigkeit im Ruhrgebiet sichern – jetzt handeln!

Sehr geehrter Bundesfinanzminister, lieber Lars,
sehr geehrter Herr Minister Dr. Optendrenk,

wir wenden uns als Fraktionsvorsitzende der SPD im Ruhrgebiet mit einer unmissverständlichen Botschaft an
Bund und Land:

**Die Belastungsgrenze unserer Städte ist erreicht. Die kommunale Handlungsfähigkeit ist vielerorts bereits
massiv eingeschränkt und droht in immer mehr Städten in absehbarer Zeit nicht mehr gewährleistet zu sein.**

Was sich derzeit in unseren Kommunen abspielt, ist keine vorübergehende Haushaltskrise. Es ist eine
strukturelle Krise der kommunalen Finanzierung. Immer mehr Städte geraten in die vorläufige
Haushaltsführung. Investitionen werden verschoben, freiwillige Leistungen stehen unter Druck, Steuern und
Gebühren werden erhöht und politische Gestaltungsspielräume gehen verloren.
So kann und darf es nicht weitergehen.

Die Kommunen erfüllen einen Großteil der öffentlichen Daseinsvorsorge und tragen einen wesentlichen Teil der
öffentlichen Investitionen. Gleichzeitig wachsen die von Bund und Ländern gesetzlich verursachten Ausgaben –
insbesondere in der Eingliederungshilfe, bei den Hilfen zur Erziehung, in der Kinder- und Jugendhilfe und bei der
Hilfe zur Pflege – schneller als die kommunalen Einnahmen.

Bei den kreisangehörigen Städten verschärft sich die Situation zusätzlich durch steigende Kreis- und
Landschaftsumlagen. Kosten, die auf Kreis- oder Landesebene entstehen, schlagen damit unmittelbar auf die
ohnehin hoch belasteten kommunalen Haushalte durch.

Die Kommunen können diese Entwicklung nicht länger aus eigener Kraft auffangen.

Auch die Bürgerinnen und Bürger können nicht immer weiter zur Kasse gebeten werden. Viele Städte haben ihre
Hebesätze bereits deutlich angehoben. Weitere Erhöhungen von Grund- und Gewerbesteuern sind angesichts
der Belastung der Menschen und der Wirtschaft vor Ort nicht mehr zumutbar.

Wir fordern deshalb:

1. Eine dauerhaft auskömmliche Grundfinanzierung der Kommunen durch das Land Nordrhein-Westfalen.

Die für 2027 vorgesehene Anhebung des kommunalen Verbundsatzes von 23 auf 23,5 Prozent reicht angesichts der dramatischen Finanzlage nicht aus. Wir erwarten vom Land eine schrittweise und verbindliche weitere Anhebung der Verbundquote.

Altschuldenhilfen und befristete Entlastungsprogramme sind wichtig. Sie ersetzen jedoch keine dauerhaft ausreichende Finanzierung der laufenden kommunalen Aufgaben.

2. Eine klare Neuordnung der Verantwortung für die Sozialausgaben.

Die Kommunen können die Dynamik insbesondere bei Eingliederungshilfe, Kinder- und Jugendhilfe, Hilfen zur Erziehung und Pflege nicht mehr finanzieren.

Wer sozialpolitische Leistungen gesetzlich festlegt, muss auch dauerhaft für deren Finanzierung eintreten. Das Prinzip „Wer bestellt, bezahlt“ muss endlich konsequent gelten.

3. Deutlich mehr Mittel aus dem Sondervermögen müssen bei den Kommunen ankommen.

Die Kommunen sind der zentrale Ort öffentlicher Investitionen. Deshalb erwarten wir vom Land Nordrhein-Westfalen, mindestens 80 Prozent der ihm aus dem Sondervermögen zufließenden Mittel an die kommunale Ebene weiterzugeben.

Die Mittel müssen schnell, verlässlich und möglichst pauschal zur Verfügung stehen. Der enorme Investitions- und Sanierungsstau vor Ort lässt sich nicht mit immer neuen komplizierten Förderprogrammen bewältigen.

4. Schluss mit der Förderbürokratie – mehr Pauschalen statt immer neuer Programme.

Unsere Städte brauchen Planungssicherheit und Handlungsspielräume statt unzähliger Förderprogramme mit aufwendigen Antrags-, Nachweis- und Abrechnungsverfahren.

Wir wollen mehr pauschale und langfristig verfügbare Finanzmittel und weniger kleinteilige Förderbürokratie. Die Kommunen wissen selbst, wo vor Ort der größte Handlungsbedarf besteht.

5. Der Bund muss beim Bürokratieabbau und bei der Neuordnung staatlicher Aufgaben endlich schneller vorankommen.

Die Digitalisierung bietet die Chance, Verwaltungsleistungen neu zu organisieren. Aufgaben, die bundesweit einheitlich, digital und effizienter auf Bundesebene erledigt werden können, dürfen nicht dauerhaft bei den Kommunen verbleiben.

Gerade die anstehende Reform des Sozialstaates bietet die Möglichkeit, Zuständigkeiten neu zu ordnen, Leistungen zu bündeln und kommunale Verwaltungs- und Ausgabenlasten abzubauen.

Wir erwarten vom Bund, dass diese Reformen jetzt zügig und möglichst vollständig umgesetzt werden.

6. Der Sozialstaat muss zielgenauer und wirksamer werden.

Wir stehen für einen starken Sozialstaat, der Menschen zuverlässig unterstützt, die auf Hilfe angewiesen sind. Gleichzeitig müssen Doppelstrukturen, Fehlanreize und missbräuchliche Inanspruchnahme konsequent reduziert werden.

Die Initiative der Bundesregierung zur Eindämmung des Sozialleistungsmissbrauchs begrüßen wir ausdrücklich. Sie muss jetzt konsequent umgesetzt und mit einer grundlegenden Modernisierung der Sozialverwaltung verbunden werden.

Sehr geehrter Herr Bundesminister, sehr geehrter Herr Minister,
die Zeit des gegenseitigen Verweises auf die jeweils andere staatliche Ebene muss vorbei sein.

Bund und Land müssen gemeinsam Verantwortung übernehmen. Die Städte können ihre gesetzlichen Aufgaben nicht mit immer weniger finanziellen Spielräumen erfüllen. Sie können nicht gleichzeitig steigende Sozialausgaben tragen, notwendige Investitionen nachholen, Infrastruktur erhalten, Transformation gestalten und dabei immer höhere Steuern und Gebühren von ihren Bürgerinnen und Bürgern verlangen.

Die kommunale Selbstverwaltung ist in Gefahr, wenn Kommunen keine finanziellen Gestaltungsspielräume mehr haben.

Wir erwarten deshalb von Bund und Land ein verbindliches Maßnahmenpaket zur dauerhaften Stabilisierung der kommunalen Finanzen und einen konkreten Zeitplan für dessen Umsetzung.
Das Ruhrgebiet ist bereit, seinen Beitrag zu leisten. Unsere Städte wollen investieren, modernisieren und den sozialen Zusammenhalt sichern. Sie wollen gute Schulen und Kitas, funktionierende Infrastruktur, leistungsfähige Verwaltungen und lebendige Quartiere.
Dafür brauchen sie jetzt die finanziellen Voraussetzungen.

Wir bitten Sie deshalb, gemeinsam mit den kommunalen Spitzenverbänden und den Städten des Ruhrgebiets kurzfristig Gespräche aufzunehmen und konkrete Entscheidungen zu treffen.
Denn eines ist klar: Ein „Weiter so“ können sich unsere Städte nicht mehr leisten.

Mit freundlichen Grüßen

Die Fraktionsvorsitzenden der SPD-Fraktionen im Ruhrgebiet



Peter Reinirkens
Fraktionsvorsitzender
SPD-Ratsfraktion Bochum



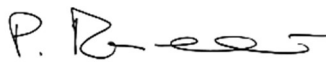
Daniel van Geister
Fraktionsvorsitzender
SPD-Ratsfraktion Bottrop



Carla Neumann-Lieven
Fraktionsvorsitzende
SPD-Ratsfraktion Dortmund



Bruno Sagurna
Fraktionsvorsitzender
SPD-Ratsfraktion Duisburg



Philipp Rosenau
Fraktionsvorsitzender
SPD-Ratsfraktion Essen



Dominic Schneider
Fraktionsvorsitzender
SPD-Ratsfraktion Gelsenkirchen



Claus Rudel
Fraktionsvorsitzender
SPD-Ratsfraktion Hagen



Justus Moor
Fraktionsvorsitzender
SPD-Ratsfraktion Hamm



Kai Gera
Fraktionsvorsitzender
SPD-Ratsfraktion Herne



Filip Fischer
Fraktionsvorsitzender
SPD-Ratsfraktion Mülheim a. d. Ruhr



Manuel Prohl
Fraktionsvorsitzender
SPD-Ratsfraktion Oberhausen



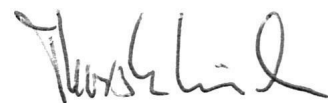
Martina Schmück-Glock
Fraktionsvorsitzende
SPD-Fraktion im
Regionalverband Ruhr



Thomas Dorndorf-Blömer
Fraktionsvorsitzender
SPD Ratsfraktion Hattingen



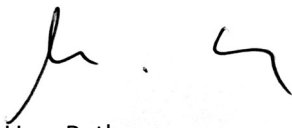
Klaus Klostermann
Fraktionsvorsitzender
SPD-Ratsfraktion Herdecke



Thorsten Kirschner
Fraktionsvorsitzender
SPD Ratsfraktion Schwelm



Wolfgang Cornelsen
Fraktionsvorsitzender
SPD-Ratsfraktion Wetter



Uwe Rath
Fraktionsvorsitzender
SPD-Ratsfraktion Witten



Arvid Weber
Fraktionsvorsitzender
SPD-Fraktion Kreis Recklinghausen



Daniel Molloisch
Fraktionsvorsitzender
SPD-Ratsfraktion Castrop-Rauxel



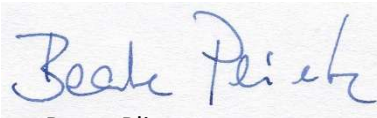
Dr. Daniel Kobe
Fraktionsvorsitzender
SPD-Ratsfraktion Datteln



Dirk Groß
Fraktionsvorsitzender
SPD-Ratsfraktion Dorsten



Dustin Tix
Fraktionsvorsitzender
SPD-Ratsfraktion Gladbeck



Beate Pliete
Fraktionsvorsitzende
SPD-Ratsfraktion Haltern am See



Thomas Prinz
Fraktionsvorsitzender
SPD-Ratsfraktion Herten



Peter Wenzel
Fraktionsvorsitzender
SPD Ratsfraktion Marl



Frank Cerny
Fraktionsvorsitzender
SPD-Ratsfraktion Recklinghausen



Kirsten Beughold
Fraktionsvorsitzende
SPD Ratsfraktion Waltrop



Maik Luhmann
Fraktionsvorsitzender
SPD-Fraktion Kreis Unna



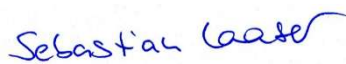
Kevin Derichs
Fraktionsvorsitzender
SPD-Ratsfraktion Bergkamen



Daniel Heidler
Fraktionsvorsitzender
SPD-Ratsfraktion Kamen



Marc Seelbach
Fraktionsvorsitzender
SPD-Ratsfraktion Schwerte



Sebastian Laaser
Fraktionsvorsitzender
SPD-Ratsfraktion Unna



Jürgen Preuß
Fraktionsvorsitzender
SPD-Fraktion Kreis Wesel



Dr. Horst Baier
Stellv. Fraktionsvorsitzender
SPD-Ratsfraktion Neukirchen-Vluyn



Axel Echeverria
Fraktionsvorsitzender
SPD-Fraktion Ennepe-Ruhr-Kreis



Alexander Teske
Fraktionsvorsitzender
SPD-Ratsfraktion Ennepetal

Anlage

Kommunale Handlungsfähigkeit im Ruhrgebiet sichern – jetzt handeln!